

A N F R A G E von Monika Spring (SP, Zürich) und Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil)

betreffend Massnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in Spitzenpositionen börsenkotierter Unternehmen

Das französische Parlament hat Mitte Januar ein Gesetz verabschiedet, welches in den Führungsetagen grosser französischer Unternehmen künftig eine Frauenquote verlangt. In einem ersten Schritt soll die Frauenquote bis 2014 auf 20 Prozent erhöht werden, bis 2017 sollen 40 Prozent der Vorstandsmitglieder weiblich sein. Für das Gesetz stimmten sowohl die konservative Regierungspartei UMP als auch die sozialistische Opposition. Die Vorschrift gilt für die 650 börsennotierten Unternehmen sowie für alle Firmen mit mehr als 500 Beschäftigten oder mehr als 50 Millionen Euro Umsatz.

Norwegen führte 2003 eine Frauenquote für Aufsichtsräte ein und hat inzwischen mehr als 40 Prozent Frauen in diesen Gremien. Spanien folgte 2007 mit einer ähnlichen Regelung. In Schweden und in Finnland beträgt der Frauenanteil in den Spitzenpositionen der grössten börsenkotierten Unternehmen jeweils 26 Prozent, in Deutschland, wo gegenwärtig intensiv über eine Frauenquote diskutiert wird, 13 Prozent. In der Schweiz hingegen liegt der Frauenanteil an der Wirtschaftsspitze bei ganzen 7 Prozent.

Wir fragen den Regierungsrat an:

1. Welche Gründe sieht der Regierungsrat für den tiefen Frauenanteil in Kaderpositionen, obwohl Frauen heute bei der höheren Berufsbildung (Fachhochschul- und Universitätsabschlüsse) praktisch mit den Männern gleichgezogen haben?
2. Wie ist das Verhältnis zwischen dem Anteil von Frauen und Männern in Kaderpositionen in der kantonalen Verwaltung?
3. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass durch die vermehrte Schaffung von Teilzeitstellen in Kaderfunktionen die Karrierechancen von Frauen deutlich gesteigert werden könnten?
4. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, den im europäischen Vergleich sehr tiefen Frauenanteil in Spitzenpositionen der Wirtschaft zu erhöhen?
5. Hat der Regierungsrat Kenntnis von der McKinsey-Studie aus dem Jahr 2007, welche nachweist, dass Unternehmen mit einem höheren Frauenanteil in den Führungsgremien erfolgreicher wirtschaften als solche ohne oder mit geringem Frauenanteil?
6. Kann sich der Regierungsrat die Einführung von Frauenquoten für börsenkotierte Unternehmen mit Sitz im Kanton Zürich vorstellen?
7. Falls nicht, welche andern Möglichkeiten sieht er, um diesen unbefriedigenden Zustand zu verändern?
8. Ist der Regierungsrat bereit, eine breitangelegte Kampagne zur Förderung des Frauenanteils in den Führungsgremien zürcherischer Unternehmen zu führen?

Monika Spring
Julia Gerber Rüegg